



WHO Investment Round: Kann sie die Lücke in der Finanzierung globaler Gesundheit schließen?



von Jens Martens

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat eine sogenannte Investment Round gestartet, um für die nächsten vier Jahre von ihren Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und privaten Geldgebern die dringend benötigten Mittel zur Finanzierung globaler Gesundheitsaufgaben zu mobilisieren. Die WHO schätzt die Finanzierungslücke für die Jahre 2025–2028 auf 7,1 Mrd. US-Dollar. Ob diese Lücke geschlossen werden kann, wird sich beim G20-Gipfel am 18.-19. November 2024 in Rio de Janeiro zeigen. Dort soll die Investment Round ihren Höhepunkt erreichen. Bislang wurden lediglich Finanzausgaben von rund 1 Mrd. US-Dollar gemacht. Einer der größten Beitragszahler ist Deutschland. Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim World Health Summit in Berlin angekündigt, in den nächsten vier Jahren 240 Millionen Euro zur Investment Round beizusteuern. Dies deckt allerdings nur drei Prozent des von der WHO veranschlagten Bedarfs.

Dieses Briefing gibt einen Überblick über die bisherigen Finanzausgaben für die WHO Investment Round und dokumentiert, welche Ausgaben die Bundesregierung für die Bereiche Pandemiebekämpfung und globale Gesundheit im Bundeshaushalt 2025 vorgesehen hat.

Mit dem Ziel 3 der Agenda 2030 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet, „ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten und ihr Wohlergehen zu fördern“. Eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung dieses Ziels ist die ausreichende und berechenbare Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Bislang ist die WHO erheblich unterfinanziert, um die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen. Der [Zweijahreshaushalt für 2024–2025](#) beträgt gerade einmal 8,066 Mrd. US-Dollar, d.h. rund 4 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Das entspricht dem Budget eines größeren Krankenhauses in den USA.

Erschwerend hinzu kommt, dass nur etwa 14 Prozent (1,148 Mrd. US-Dollar) des Arbeitsprogramms der WHO über Pflichtbeiträge der Mitgliedsstaaten finanziert werden. Weniger als ein Viertel der Budgetmittel können von der WHO flexibel eingesetzt werden (1,889 Mrd. US-Dollar = 23 Prozent).

Beim überwiegenden Teil der Mittel handelt es sich um mehr oder weniger zweckgebundene freiwillige Beiträge. Durch sie werden der Handlungsspielraum der WHO und ihre Fähigkeit, flexibel auf Krisen zu reagieren, erheblich eingeschränkt. Außerdem hängt die WHO dadurch vom guten Willen einiger weniger großer Geber ab, allen voran die USA, die Gates-Stiftung, Deutschland und die globale Impfallianz GAVI. Erforderlich wären daher sowohl eine substanzielle Aufstockung der Mittel als auch die deutliche Erhöhung des Anteils der Pflichtbeiträge am Gesamtbudget.

Eine von der WHO eingesetzte Arbeitsgruppe unter aktiver deutscher Leitung hatte in ihrem [Report](#) im Mai 2022 vorgeschlagen, den Anteil der Pflichtbeiträge schrittweise möglichst bis zum Zweijahreshaushalt 2028–2029 auf 50 Prozent zu erhöhen. Aber selbst über diesen moderaten Vorschlag gab es unter den Mitgliedern der WHO keinen Konsens. Nun soll das 50-Prozent-Ziel

stufenweise **erst bis spätestens 2030–31** erreicht werden. Und auch diese Vereinbarung muss in der Weltgesundheitsversammlung alle zwei Jahre mit Verabschiedung des WHO-Haushalts bestätigt werden, das nächste Mal im Mai 2025.

Angesichts der prekären Finanzlage hat die WHO erstmals für den Vierjahreszeitraum 2025–2028 eine „**Investment Round**“ ausgerufen. Mit ihr sollen vorhersehbare, flexible und resiliente Mittel für die Kernarbeit der WHO mobilisiert werden. Auf diese Weise will die WHO bereits zu Beginn des Vierjahreszyklus die Planungssicherheit erhöhen. Sie möchte ihre Ressourcen dort einsetzen können, wo sie am dringendsten benötigt werden, und sie möchte durch die Erweiterung der Geberbasis ihre Abhängigkeit von einer kleinen Gruppe von Gebern reduzieren.

Für die vier Jahre 2025–2028 hat die WHO einen Finanzbedarf für ihr Kernbudget in Höhe von 11,1 Milliarden US-Dollar ermittelt. Die prognostizierten Einnahmen werden mit etwa 4 Milliarden US-Dollar beziffert, sodass eine Finanzierungslücke von 7,1 Milliarden US-Dollar verbleibt.

Mittel für die Investment Round sollen von den Mitgliedstaaten der WHO, aber auch von privaten Gebern kommen. Eine erste Veranstaltung zur symbolischen Unterzeichnung von Finanzie-

rungszusagen fand im Rahmen des World Health Summit in Berlin am 14. Oktober 2024 statt. An ihr nahmen unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz, WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus und Bill Gates teil. Die Investment Round soll ihren Höhepunkt am 18.–19. November 2024 beim **Gipfeltreffen der G20** unter Vorsitz des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva erreichen.

Ob dort die Finanzierungslücke geschlossen werden kann, ist allerdings mehr als ungewiss. Denn beim *Signature Event* in Berlin gab es gerade einmal **Zusagen** in Höhe von rund 1 Milliarde US-Dollar (s. Tabelle 1).

Immerhin 44 Staaten und Organisationen haben bisher Finanzzusagen gemacht, darunter eine Reihe afrikanischer Staaten, aber kein einziges Land Lateinamerikas. Die Länder Lateinamerikas favorisieren eher Beiträge an die **Pan American Health Organization (PAHO)**, von deren Arbeit sie unmittelbar profitieren.

Aus dem Kreis der G20 haben sich bisher lediglich Deutschland, Südafrika und die Europäische Union an der Investment Round beteiligt. Ob die anderen Mitglieder nachziehen, wird der Gipfel im November in Rio de Janeiro zeigen.

Tabelle 1:
Bisherige Finanzzusagen in der WHO Investment Round (Stand: 15. Oktober 2024)

Mitgliedstaat / Organisation	Betrag in US-Dollar	Datum der Zusage	Anmerkung
African Development Bank	10.000.000	27. August 2024	
Bill & Melinda Gates Foundation	42.000.000	7 Oktober 2024	Regionale Zusage
Botswana	1.000.000	27. August 2024	
Kapverden	5.000	27. August 2024	
Tschad	500.000	27. August 2024	
Children's Investment Fund Foundation	10.000.000	27. August 2024	
Kongo	57.500	27. August 2024	50% Erhöhung des jährlichen Beitrags
Cote d'Ivoire	2.000.000	27. August 2024	
Dänemark	41.000.000	14. Oktober 2024	280 Millionen DKK
Estland	1.800.000	14. Oktober 2024	1,6 Millionen Euro
Äthiopien	2.000.000	27. August 2024	
European Investment Bank	10.000.000	23. September 2024	

Mitgliedstaat / Organisation	Betrag in US-Dollar	Datum der Zusage	Anmerkung
Europäische Union	275.000.000	28. Mai 2024	250 Millionen Euro
Finnland	2.100.000	14. Oktober 2024	
Gambia	50.000	27. August 2024	
Deutschland	262.600.000	14. Oktober 2024	240 Millionen Euro
Griechenland	21.800.000	14. Oktober 2024	20 Millionen Euro
Helmsley Charitable Trust	5.600.000	27. August 2024	
Institute of Philanthropy	11.200.000	14. Oktober 2024	Kumuliert
Irland	32.700.000	14. Oktober 2024	30 Millionen kumuliert
Kuwait Fund for Arab Economic Development	5.000.000	27. August 2024	
Liberia	5.000	27. August 2024	
Luxemburg	52.000.000	14. Oktober 2024	47,5 Millionen Euro
Malta	436.000	14. Oktober 2024	0,4 Millionen Euro
Mauritius	110.000	27. August 2024	5 Millionen Euro
Montenegro	87.200	14. Oktober 2024	0,08 Millionen Euro
Namibia	500.000	27. August 2024	
Niederlande	20.600.000	14. Oktober 2024	
Niger	2.000.000	27. August 2024	
Norwegen	93.600.000	14. Oktober 2024	1 Mrd. NOK
Katar	4.000.000	26. Mai 2024	
Roche Africa	1.600.000	27. August 2024	
Ruanda	69.000	27. August 2024	Verdoppelung des jährlichen Beitrags
Resolve to Save Lives	10.000.000	14. Oktober 2024	
Senegal	500.000	27. August 2024	300 Millionen CFA
Seychellen	50.000	27. August 2024	
Singapore	18.000.000	28. Mai 2024	24 Millionen SGD
Südafrika	1.000.000	27. August 2024	
Tansania	500.000	27. August 2024	
Temasek Foundation	10.000.000	24. September 2024	
Osttimor	1.000.000	7. Oktober 2024	
Wellcome Trust	50.000.000	14. Oktober 2024	
WHO Foundation	50.000.000	14. Oktober 2024	
World Diabetes Foundation	10.000.000	14. Oktober 2024	kumuliert

Quelle: [Pledges to the WHO Investment Round](#)

Die größten Beitragszusagen kamen bisher von der Europäischen Union (250 Millionen Euro) und von der Bundesregierung, die für vier Jahre Mittel in Höhe von insgesamt 240 Millionen Euro bereitstellen will, d.h. durchschnittlich 60 Millionen Euro pro Jahr. Das sind allerdings nur 3 Prozent des von der WHO veranschlagten Finanzbedarfs und weniger als die Hälfte des Anteils, den Deutschland entsprechend der **Beitragsskala der WHO** zum regulären Haushalt der WHO beisteuert (6,1 Prozent).

Außerdem scheint damit keineswegs eine Erhöhung der deutschen Beitragszahlungen an die WHO verbunden zu sein. Im Gegenteil: Im **Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025** sind im Etat des Bundesgesundheitsministeriums (Einzelplan 15) für den Haushaltstitel „Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit“, aus dem auch freiwillige Beitragszahlungen an die WHO geleistet werden, 60,25 Millionen Euro vorgesehen (davon 6,75 Millionen Euro für UNAIDS). 2023 waren es noch 79 Millionen Euro (s. Tabelle 2).

Tabelle 2:
Ausgewählte Haushaltstitel in den Bereichen Pandemiebekämpfung und globale Gesundheit im Bundeshaushalt 2025

Haushaltstitel	Soll 2025	Soll 2024	Ist 2023
	<i>Beträge in Tausend Euro</i>		
Einzelplan 15 (Bundesgesundheitsministerium)			
531 07-314 Finanzierung von Pandemiebereitschaftsverträgen	336.099	486.124	15.782
684 03-314 Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus	60.000	15.000	360.118
684 07-314 Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2	427.418	346.227	1.189.864
532 04-314 Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens Darunter:	5.984	6.284	10.082
• World Health Summit	1.000		
• Global Health Hub Germany	900		
686 01-314 Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit (inkl. freiwillige Beiträge an die WHO) Darunter:	60.250	60.250	79.036
• UNAIDS <i>Verpflichtungsermächtigung: 86.000</i> <i>davon fällig:</i> <i>im Haushaltsjahr 2026 bis zu 34.000</i> <i>im Haushaltsjahr 2027 bis zu 28.000</i> <i>im Haushaltsjahr 2028 bis zu 24.000</i>	6.750		
687 01-314 Beiträge an internationale Organisationen Darunter:	35.369	36.331	30.394
• Pflichtbeiträge an die WHO	32.836		

Haushaltstitel	Soll 2025	Soll 2024	Ist 2023
	Beträge in Tausend Euro		
687 02-022 Unterstützung des Betriebs des WHO Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence in Berlin	30.000	30.000	30.000
Einzelplan 23 (BMZ)			
687 01-023 Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen Darunter:	556.509	564.469	573.173
• Beitrag an Gavi	120.000		
• Beitrag an die Global Polio Eradication Initiative (GPEI)	20.000		
896 07-023 Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) Verpflichtungsermächtigung: 1.000.000 davon fällig: im Haushaltsjahr 2026 bis zu 315.000 im Haushaltsjahr 2027 bis zu 334.000 im Haushaltsjahr 2028 bis zu 351.000	370.000	415.000	415.000
Die Bundesregierung hat dem GFATM in 2022 zugesagt, sich mit insgesamt 1,3 Mrd. € an der Wiederauffüllung für die Jahre 2023 bis 2025 zu beteiligen. Davon sind 100 Mio. € aus Schuldenumwandlungen vorgesehen. Der Ansatz 2025 enthält den zu erwartenden Abruf aus der Gesamtzusage. Die VE stellen die neue Zusage über 1 Mrd. Euro für die Jahre 2026–2028 dar.			

Quelle: Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums Europe

Weitere Informationen

Webseite zur WHO Investment Round

<https://www.who.int/about/funding/invest-in-who/investment-round>

Informationsportal von Global Policy Forum Europe und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

WHO Investment Round:

Kann sie die Lücke in der Finanzierung globaler Gesundheit schließen?

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 9650510

europa@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Paul Wege

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Oktober 2024

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.